

23.04.2017 DIE LINKE: Bedingung ist für uns ein Politikwechsel, auch für Griechenland | Die Zeitung der Redakteure geruum

DIE LINKE: Bedingung ist für uns ein Politikwechsel, auch für Griechenland

23.04.2017

Redakteur: efsyn.gr

Der stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE Axel Troost erklärt, dass sich seine Partei zwar an einer zukünftigen Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten und den Grünen beteiligen würde, aber "nicht an einem einfachen Regierungswechsel", sondern nur "wenn ein Politikwechsel stattfinden würde", und dass sie "den Wandel der Europapolitik, also eine andere Haltung gegenüber Ländern wie Griechenland" als Bedingung für ihre Beteiligung setzen wird.

In einem Interview an die Athener und Makedonische Presseagentur (AME-MPE) erwähnt er konkret: "Wenn ein solcher Wandel erfolgt, dann kann eine echte Perspektive für Griechenland aufgebaut werden, nicht von einem Tag auf den anderen natürlich, aber diese Politik des andauernden Setzens neuer Bedingungen wird aufhören".

Er zweifelt jedoch daran, dass Martin Schulz und seine Partei ein Ende der Austerität möchten: "Wir haben nur vage Versprechen über soziale Änderungen in dem einen oder anderen Bereich", bemerkt er. Die Sozialdemokraten "werden mit dem Kanzlerkandidaten Martin Schulz ihre Kraft erhöhen, aber seine Partei hat kein Programm, das auf irgendeine Weise all das bestätigt, das er bislang gesagt hat", sagt er der AME-MPE.

Laut Herrn Troost ist die Wahrscheinlichkeit einer rot-rot-grünen Koalition nicht inexistent, "aber sehr gering, weil es kein echtes Klima für einen Wandel gibt. Die Hauptvoraussetzung für unsere Beteiligung an einer solchen Koalition ist die Beendigung der strikten Austeritätspolitik", betont er.

Wenn jedoch Herr Macron zum Staatspräsidenten Frankreichs gewählt wird und in diese Richtung Druck auf Deutschland ausübt, dann wäre auch ein Wandel in Deutschland möglich, um der Austerität ein Ende zu setzen. In diesem Fall hätten wir einen Politikwechsel in ganz Europa."

Ein solcher Wandel würde jedenfalls für Griechenland bedeuten, dass "eine echte Perspektive aufgebaut werden kann, nicht von einem Tag auf den anderen natürlich, aber diese Politik des andauernden Setzens neuer Bedingungen wird aufhören".

Der linke deutsche Politiker bezeichnet die Tatsache, dass "Martin Schulz bereits erklärt hat, dass die Politik gegenüber Griechenland so bleiben muss, wie sie ist" als "sehr enttäuschend". Er glaubt, dass "schließlich ein Übereinkommen mit den Gläubigern erreicht werden wird", "das Schlimme sind jedoch die neuen Bedingungen. Das verärgert mich", sagt er bezeichnenderweise.

"Deutschland wählt, ändert sich die Politik des Landes?": Die Diskussion über die deutsche Bundestagswahl

"Deutschland wählt – ändert sich die Politik des Landes?" war das Thema der gestrigen Diskussion, an der sich die Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dagmar Enkelmann, der Angeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE Axel Troost und der Leiter der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Griechenland Christos Katsioulis beteiligten.

Die Diskussion fand im Multifunktionsraum "The Box" am Mavili-Platz statt und wurde von der Chefredakteurin der Sonntagsausgabe der Zeitung Avgi moderiert.



"Hauptthemen der Partei DIE LINKE im Wahlkampf werden die soziale Gerechtigkeit in konkreten Bereichen, wie z.B. bei der Bekämpfung von Armut und insbesondere von Kinderarmut, das Investitionsdefizit Deutschlands, die Flüchtlingsfrage und die gerechte Besteuerung der Bürger sein, nicht Gerechtigkeit allgemein und abstrakt, wie es der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Martin Schulz ankündigt, natürlich ebenso wie auch außenpolitische Themen, wie z.B. das solidarische Europa, das Griechenland ganz besonders betrifft", sagte Axel Troost.

Christos Katsioulis verteidigte Martin Schulz, über den er bezeichnenderweise sagte: "Er ist kein Wundermann und stellt eine angenehme Überraschung für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dar, weil er Optimismus verbreitet, so dass die Partei zum ersten Mal seit der Zeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder wieder an sich selbst glaubt. Bis zum SPD-Parteitag und nach der kritischen NRW-Landtagswahl im kommenden Monat wird das Wahlkampfprogramm der SPD konkrete Züge angenommen haben", betonte er.

Dagmar Enkelmann wiederholte ihrerseits: "Die deutsche Linke wird sich darum bemühen, die Bürger mit den sozialen Themen der Gerechtigkeit zu mobilisieren und die Wähler zu überzeugen, dass es Hoffnung gibt. Eine kleine gesellschaftliche Gruppe wird immer reicher und die anderen können nicht mal ihren Lebensunterhalt bestreiten. Deswegen wird soziale Ungerechtigkeit ein wichtiges Wahlkampfthema sein."

Axel Troost unterstrich, es gebe sehr wenige Personen in seiner Partei, "die in Bezug auf die Anzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge eine andere Meinung vertreten" und dass "das Thema ihrer Aufnahme und Integration weiterhin eine große Herausforde-

rung" sei, "die in allen Bundesländern, in denen DIE LINKE an der Regierung beteiligt ist, mit konkreten Maßnahmen bewältigt" werde.

Herr Katsioulis sagte, die Flüchtlingsfrage habe auch für die SPD Priorität und dass Herr Schulz als Präsident des Europäischen Parlaments in der Vergangenheit diesbezüglich Stellung bezogen habe, wobei sich auch Frau Enkelmann eindeutig für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland aussprach und "zu einem systematischen gesellschaftlichen Dialog über das Thema" aufrief, "damit stark vereinfachenden Parolen von rechtspopulistischen Gruppierungen wie der AfD kein Raum gelassen wird. Die kritische Frage, die gestellt werden muss, ist, inwieweit solche Themen auf nationaler Ebene gelöst werden können. Daher müssen wird für ihre gemeinsame Bewältigung im vereinten Europa arbeiten", betonte sie.

Auf die Frage, ob eine rot-rot-grüne Regierungskoalition nach der Bundestagswahl im September möglich sei, bemerkte Herr Katsioulis: "Ein Kurswechsel der SPD ist nicht leicht, da sie mit den Christdemokraten regiert hat und keine verbindliche Aussage im Vornherein abgeben kann. Insbesondere nach der Landtagswahl im Saarland [bei der die SPD nicht den erwarteten Aufschwung erfahren hat] ist die Partei unsicher. Wir werden die NRW-Landtagswahl abwarten und auch die breiteren Rahmenbedingungen in Betracht ziehen müssen. In Bezug auf das Thema einer zukünftigen Koalition mit der Linken und den Grünen ist nichts Konkreteres zu erwarten", sagte er bezeichnenderweise.

Auf die Frage, ob die Europäische Linke einen Vorschlag zur Bewältigung der europäischen und insbesondere der griechischen Krise habe, antwortete Frau Enkelmann, dass die Europäische Linke über Pläne verfüge, sie müsse jedoch davon überzeugen, dass Europa nicht so weiter machen könne mit Politiken "à la Schäuble", und gestand, dass die Europäische Linke bei der Bewältigung der Griechenlandfrage versagt habe. Herr Tsipras und Herr Tsakalotos seien in Brüssel alleine gelassen worden. "Wenn es aber einen Wandel in Deutschland gibt, kann dies auch den Beginn einer gewissen Änderung für Griechenland bedeuten", schätzte sie die Situation ein.

Axel Troost erinnerte daran, dass nach den letzten Wahlen in Griechenland "eine Bewegung für den Wandel in Europa" entstanden sei, an der unter anderem die sozialdemokratische Politikerin Gesine Schwan und Politiker der Grüne beteiligt seien. Leider habe sie es nicht geschafft, die deutsche öffentliche Meinung zu überzeugen, da sich die "Bildzeitungsauffassung" durchgesetzt habe, "aber wir machen weiter. Es muss eine Verbindung zur deutschen Gesellschaft hergestellt werden, da wir noch keine Mehrheit sind", betonte er.

Herr Katsioulis bemerkte: "Die deutsche Gesellschaft hat das Ausmaß der antideutschen Ressentiments in Griechenland, Italien, Großbritannien oder Polen noch nicht begriffen und diese antideutschen Ressentiments können schließlich zu Europafeindlichkeit führen." Als gefährlich betrachte er auch "das Phänomen der steigenden Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Süden, den die Politik von Schäuble verursacht". Er erinnerte aber auch daran, dass "die deutschen Gewerkschaften auf der Seite der Griechen" stehen.

"Schäubles Politik kann sicherlich beendet werden, es hängt von den politischen Gegenentwürfen ab. Es ist an der Zeit, dass dies geschieht und dass die Politik Schäuble besiegt wird", erklärte Frau Enkelmann.

Axel Troost ist der Auffassung, dass die Politik Schäubles besiegt werden kann, "unter der Voraussetzung, dass nach der Bundestagswahl eine rot-rot-grüne Regierungskoalition zustande kommt. Es ist jedoch schwer, den Durchschnittsdeutschen davon zu überzeugen, dass die deutschen Überschüsse ein Problem für die anderen darstellen, weil die Leute nicht verstehen können, wie diese unter Beibehaltung des heutigen wirtschaftlichen Niveaus von Deutschland und ohne Anstieg der Arbeitslosigkeit gesenkt werden können. Die SPD wird im Wahlkampf nicht damit beginnen, solche Themen anzusprechen, weil sie denselben Kurs wie die CDU gefahren ist, und ich kann nicht verstehen, wie letztendlich soziale Gerechtigkeit erzielt werden kann, indem einfach nur ein paar Sozialleistungen rechts und links verteilt werden, wie sie es verspricht. Daher bin ich eher pessimistisch", sagte er.

In der darauffolgenden Diskussion erklärte Frau Enkelmann, die Flüchtlingsfrage sei nicht lediglich ein europäisches sondern ein globales Problem und als solches sei sie zu behandeln, während Herr Troost an "den Vorschlag von Gesine Schwan (SPD)" erinnerte, "dass die Kommunen darüber entscheiden, wie viele Flüchtlinge sie aufnehmen möchten, damit die Entscheidung nicht auf Regierungsebene gefasst wird, was die Partei DIE LINKE in den Bundesländern und Kommunen, in denen sie mitregiert, auch umsetzt".

Beim Thema der deutschen Waffenexporte traten sich sowohl Frau Enkelmann wie Herr Troost "für die vollständige Schließung solcher Industrien" ein, während Herr Katsioulis erklärte, dass so etwas "zwar ein mutiger Schritt" wäre, dass "er aber auch nicht die Entlassung von 80.000 Arbeitnehmern bedeuten würde, wie oft behauptet, da das dort beschäftigte Personal hochqualifiziert ist und leicht von der deutschen Wirtschaft zu absorbieren ist".

Herr Troost bemerkte, dass es in Bezug auf die Austeritätspolitik dem Durchschnittsdeutschen schwer falle, "das Ausmaß ihrer Folgen zu begreifen" und dass sie "in Kürzungspolitik umbenannt" werden müsse, "damit verständlich wird, was sie genau bedeutet. Die Schwierigkeit bei der Überwindung von Schäubles Politik bestehe darin, dass es der deutschen Wirtschaft gut geht und dass es schwer ist, den Wählern zu erklären, warum seine Politik beendet werden muss", sagte er.

Herr Katsioulis unterstrich ebenfalls, dass "die neoliberalen Politiken in Deutschland nicht leicht zu bekämpfen" und dass "überzeugende Gegenvorschläge zu artikulieren" seien. "Der Narrativ von Herrn Schäuble und das Paradigma der vorbildlichen durchschnittlichen deutschen Hausfrau haben überzeugt". Er fügte hinzu, dass der Durchschnittsdeutsche "kein deutsches Europa möchte, aber doch ein Europa, das nach deutschen Regeln funktioniert".

Quelle: https://left.gr/news/i-germania-psifizei-allazei-i-politiki-tis-i-syzitisi-gia-tis-ekloges-sti-germania

Die Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Besuch bei SYRIZA

Die Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dagmar Enkelmann, der Abgeordnete der Partei DIE LINKE Axel Troost und Mitarbeiter des griechischen Verbindungsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung besuchten die Büros von SYRIZA, um sich mit Funktionären der Partei zu treffen.





Die Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dagmar Enkelmann, der Abgeordnete der Partei DIE LINKE Axel Troost und Mitarbeiter des griechischen Verbindungsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung besuchten gestern, den 20. April 2017, die Büros von SYRIZA, um sich mit Funktionären der Partei zu treffen.

Von SYRIZA nahmen der Zuständige für europäische und internationale Angelegenheiten und Mitglied des Politsekretariats Giannis Bournous, die Mitglieder des Zentralkomitees Natasa Theodorakopolou und Giorgos Chondros sowie der Koordinator des Bereichs Europapolitik von SYRIZA G. Ververis am Treffen teil.



Hauptthema der Gespräche waren die Entwicklungen in der deutschen Politik in Hinblick auf die Bundestagswahl im September. Es wurden die Perspektiven einer rot-rot-grünen Regierungskoaltition in Deutschland analysiert und die Möglichkeiten der progressiven Kräfte Deutschlands besprochen, Initiativen zur Stärkung des europäischen Zusammenhalts und der Solidarität zu ergreifen.



Quelle: https://left.gr/news/i-proedros-toy-idrymatos-roza-loyxempoyrgk-ston-syriza-0

Katrougkalos / Troost: "Erforderlich ist eine breitere Zusammenarbeit der europäischen progressiven Kräfte"

20.04.2017



- Katrougkalos trifft den stellvertretenden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE Axel Troost
- Forderung nach Änderung der Kräfteverhältnisse in Europa

Durch eine breitere Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten, Linken und Grünen die Kräfteverhältnisse in Europa verändern: darüber stimmten der stellvertretenden Außenminister Giorgos Katrougkalos und der stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE Axel Troost bei ihrem Treffen in Athen überein.

In Bezug auf die kommende Bundestagswahl betonte Herr Troost, dass diese eine wichtige Chance für die Wahl einer neuer Regierung biete, die ihre Politik gegenüber Griechenland verändern und, statt Austerität, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern werde.

Darüber hinaus hat der stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE Herrn Katrougkalos im kommenden September zu Veranstaltungen seiner Partei über das soziale Europa und die Solidarität unter den Ländern der Europäischen Union in Leipzig und Dresden eingeladen.

Quelle: http://www.altsantiri.gr/politiki/katrougkalos-troost-anagki-gia-mia-evryteri-synergasia-ton-evropaikon-proodeftikon-dynameon/